
Liebe Leserinnen und Leser,



nach dem Castor ist vor dem Castor.... Der Spruch klingt blöd, trifft aber leider die Realität! Seit der Castor-Atommüll-Transport aus Frankreich Gorleben erreicht hat, wird der drohende Castor-Transport von Ahaus nach Majak (Russland) immer mehr zum Hauptthema. Und viele weitere Transporte mit unterschiedlichen radioaktiven Materialien rollen durch die Gegend. Dieser Transport (Foto links, 3 LKW!) mit Uranhexafluorid wurde z. B. am 8.11. auf der A 31 (vermutlich auf dem Weg von Gronau nach Frankreich) enttarnt.

Die Großdemonstration im Wendland am 6. November und die zahllosen Aktionen gegen den Castortransport haben verdeutlicht: Die Nutzung der Atomenergie stößt auf breiten Widerstand, die Politik muss das Ruder herum reißen – Richtung Ausstieg. Und das sofort!

Damit die Kanzlerin und ihre strahlenden Partner/innen das endgültig begreifen ist weiterer Widerstand nötig. Aber er wird

letztlich erfolgreich sein! Einer der nächsten Termine: 21.11., 14.00 Uhr, „Sitzprobe“ am Atommüll-Lager Ahaus. Informationen über den weiteren Widerstand in Gorleben findet Ihr auf der Homepage der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (eine Mitglieds-BI des BBU) unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>. Aktuelle Infos zu den drohenden Transporten von / nach Ahaus gibt es unter [www. http://www.kein-castor-nach-ahaus.de](http://www.kein-castor-nach-ahaus.de), zu den Transporten von Karlsruhe nach Lubmin unter <http://www.lubmin-nixda.de>.

Einen weiterhin möglichst angenehmen Herbst mit erfolgreichen Aktionen, auch in den zahlreichen anderen ökologischen Bereichen, wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Der Verein „Lebenswertes Hofheim e. V.“

ist kürzlich dem BBU beigetreten. Hier eine aktuelle Selbstdarstellung des Vereins. Wer Möglichkeiten der aktiven und / oder finanziellen Unterstützung sieht, kann sich beim Vereinsvorstand melden (UB).

Profil Lebenswertes Hofheim e.V.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger von Hofheim haben den Verein „Lebenswertes Hofheim e.V.“ im September 2009 gegründet, um in ausgewählten Projekten die Wohn- und Lebensqualität der beliebten Kreisstadt Hofheim am Taunus zu schützen und zu verbessern. So soll insbesondere der Naturschutz und die Landschaftspflege im Sinne der Naturschutzgesetze von Bund und Ländern gefördert und den Anliegen und Wünschen vieler Hofheimer gegenüber ihren kommunalen Interessenvertretern besseres Gehör verschafft werden. Derzeit liegt der Fokus der Vereinstätigkeit auf dem ökologisch wertvollen Naturgebiet „Vorderheide II“ im Norden Hofheims, das als Naherholungsgebiet und Naturbiotop erhalten und geschützt werden soll. Die Stadt Hofheim plant, das ca. 11 Hektar umfassende Terrain, welches alte Streuobstwiesen und viele streng geschützte Tierarten beheimatet, zum Baugebiet zu erklären, so dass das über Jahrzehnte entstandene Biotop nach derzeitigem Planungsstand ca. zweihundertzehn Ein- und/oder Mehrfamilienhäusern weichen soll. Ein weiteres, wertvolles Naherholungsgebiet innerhalb des Rhein-Main-Gebietes würde unwiderruflich verloren gehen.

Der Verein zählt mittlerweile 65 Mitglieder und freut sich über jeden neuen Interessenten, der die Initiative zur Rettung der Vorderheide unterstützen möchte. Auch Spenden sind willkommen. Kontakt: int.vorderheide@arcor.de oder „Lebenswertes Hofheim e.V.“, Postfach 1228, 65702 Hofheim am Taunus, Telefon: 06192 – 961195. (Bankverbindung: Konto: 563 265 602, BLZ: 500 100 60, Postbank Frankfurt)

Vorstandsmitglieder: René G. Sachs, Detlef Backhaus, Dr. Hans-Martin Ruffer (alle Hofheim)

BBU-Mitgliederversammlung

Der Termin der nächsten BBU-Mitgliederversammlung steht noch nicht fest, aber sie rückt näher. Der BBU-Vorstand trifft sich am 21.11. und wird vermutlich ein Datum festlegen. Mehr dazu dann im Dezember-Newsletter des BBU. Bereits jetzt sollten sich auch die BBU-Mitglieder Gedanken zur inhaltlichen Ausgestaltung der Mitgliederversammlung machen. Anträge können vorbereitet und Themen für die Tagesordnung vorgeschlagen werden. Anregungen können der BBU-Geschäftsstelle mitgeteilt werden. (UB)

Willkommen im Plastikzeitalter! Fünf DVD „Plastic Planet“ zu gewinnen.

Regisseur Werner Boote wollte mehr wissen über den Stoff, der unser Leben so sehr prägt. Seine Fragen und Antworten finden sich in der Dokumentation „Plastic Planet“, die seit dem 16. September 2010 als DVD und Blu-ray im Handel erhältlich ist. Der BBU ist seit geraumer Zeit Kooperationspartner der Filmproduktion Plastic Planet (s. dazu auch BBU-Newsletter 10 / 2010 unter <http://www.bbu-online.de/Newsletter/Archiv.htm>). Der BBU verlost jetzt 5 Exemplare der DVD „Plastic Planet“. Einfach bis zum 10.12.2010 eine Postkarte oder E-Mail mit dem Stichwort „Plastic Planet“ an den BBU senden. Vorstandsmitglieder und Angestellte des BBU, sowie deren Angehörige, dürfen leider nicht mitmachen... Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. (UB)

Antikriegskongress in Berlin

(UB) Der BBU unterstützt den Aufruf zur Teilnahme an einem Antikriegskongress, der vom 26. – 28. November in Berlin stattfindet. Auch das Thema „Umweltbewegung trifft Friedensbewegung“ steht auf der Tagesordnung. Das vollständige Programm findet man hier: <http://antikrieg.blogspot.de/programm>. Plakate und Einladungs-Flyer sind kostenlos, allerdings nicht mehr in großen Mengen erhältlich. Bestellungen: antikriegberlin@googlemail.com.

Bürgerinitiative gegen Brotverschwendung gesucht

Den BBU erreichte folgendes Hilfesuch, dass wir gerne hier dokumentieren. Wer eine entsprechende BI kennt, oder ggf. bei der Gründung einer neuen BI mitwirken möchte, melde sich bitte in der BBU-Geschäftsstelle.

Über Veröffentlichungen wie den Weltagrarbericht, Radiobeiträge und Fernsehsendungen bin ich zu der Auffassung gelangt, dass die Lebensmittelindustrie und vor allem die Handelsketten zu ethisch vertretbarem Handeln gezwungen werden müssen. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass täglich tonnenweise Brot und Gebäck wissentlich zuviel produziert und auf den Müll geworfen wird, um dem Kunden eine Auswahl zu bieten. Durch Spekulationen in der Weltwirtschaft und Subventionsgeschäfte einerseits und wohlstandsverwöhnte Konsumenten andererseits STIRBT ALLE FÜNF SEKUNDEN EIN KIND AUF DER WELT AN HUNGER.

Ich möchte mich dagegen einsetzen, dass diese Zustände weiterbestehen und bin bereit mitzuwirken bei Demonstrationen, Protesten, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen etc...Als Mutter, Christin, Konsumentin und MENSCH will ich meine Stimme erheben gegen die tägliche fahrlässige Tötung von unschuldigen hungernden Erwachsenen und Kindern. Wo gibt es Gruppen in der Nähe von Hamburg, die dasselbe Thema haben? Bitte helfen Sie mir, Gleichgesinnte zu finden. M.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

Rotschlamm-Katastrophe in Ungarn

(UB) Nach der Rotschlamm-Katastrophe, die sich Anfang Oktober in Ungarn ereignet hatte, gilt in der betroffenen Region noch immer der Katastrophen-Notstand. Eine für Freitag (19. Nov.) geplante Demonstration bzw. Straßenblockade betroffener Bürger/innen wurde verboten. Weitere Informationen dazu unter <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/2560455/giftschlamm-opfer-duerfen-nicht-demonstrieren.story>

Artenschutz

Straßenrechtliche Planfeststellungsverfahren

(UB) Bereits im Mai hat das Bundesverwaltungsgericht ein Urteil zum Thema „Artenschutz im straßenrechtlichen Planfeststellungsverfahren“ gefällt, dass auch für Genehmigungsverfahren, mit denen sich derzeit BBU-Mitglieder (und andere Initiativen und Verbände) befassen, relevant sein kann: <http://www.rechtslupe.de/verwaltungsrecht/artenschutz-im-strassenrechtlichen-planfeststellungsverfahren-323674>

Atomindustrie

5. Dezember: NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen

(UB) Am 5.12. findet das nächste Treffen der NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen in Düsseldorf statt. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, dem BUND NRW und anderen Initiativen lädt auch der BBU zur Teilnahme an der Konferenz ein. Das Treffen findet im Umwelt-Zentrum Düsseldorf, Mero-wingerstr. 88, Düsseldorf-Bilk statt. Beginn ist um 11.00 Uhr, Dauer bis etwa 16.00 Uhr. Ein Einladungsschreiben kann in der BBU-Geschäftsstelle oder beim AK Energie des BBU unter Tel. 02562-23125 angefordert werden.

EU-Wettbewerbskommissar Almunia soll AKW-Laufzeitverlängerung stoppen

Der Deutsche Bundestag hat am 28. Oktober 2010 mit der Mehrheit der Regierungskoalition das so genannte Energiekonzept einschließlich der Verlängerung der Laufzeiten der 17 Atomkraftwerksblöcke verabschiedet. Die Deutsche Umweltstiftung hat das aktuelle Gesetzgebungsverfahren geprüft und festgestellt, dass die zugrun-

deliegende Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den vier großen Energiekonzernen - ENBW, E.ON, RWE und Vattenfall – eklatant gegen EU-Wettbewerbsrecht verstößt. Zudem hat die Bundesregierung ihre Vorab-Informationspflicht gegenüber der EU verletzt.

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Umweltstiftung, Jörg Sommer, hat sich daher heute an den zuständigen EU-Kommissar Joaquín Almunia gewandt und ihn gebeten, nicht nur ein formelles Kartellverfahren einzuleiten, sondern auch unmittelbar auf die Bundesregierung Einfluss zu nehmen, um das laufende Gesetzgebungsverfahren bis zu dessen Abschluss auszusetzen.

Beteiligung des Bundesrates unabdingbar

Dazu Jörg Sommer: „Nicht nur nach Auffassung der Deutschen Umweltstiftung ist das Energiekonzept mit Ökofonds und Laufzeitverlängerung in sich nicht schlüssig. Diese Meinung vertritt auch der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik, Norbert Lammers. Die neuen Laufzeiten sind – das sagt sogar der Parlamentspräsident, nicht sachlich begründet, sondern schlicht ausgehandelt worden. Er hält auch die Auffassung der Regierung für falsch, dass der Bundesrat der AKW-Laufzeitverlängerung nicht zustimmen muss. Diese Meinung des zweiten Mannes im Staat kann nicht so einfach vom Tisch gefegt werden.“ (...)

Aus einer Pressemitteilung der Deutschen Umweltstiftung vom 04.11.2010. Tel: 07274 – 4767, www.deutscheumweltstiftung.de, Die Stiftung ist BBU-Mitglied.

BBU enttarnt Urantransport auf der Emslandautobahn / A 31

(UB) Dank aufmerksamer Augen hat der BBU einen Urantransport (s. Foto oben) enttarnt. Dazu gibt es eine Pressemitteilung des BBU: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/09.11.10.htm>

BBU gegen neue Atomkraftwerke in der Schweiz

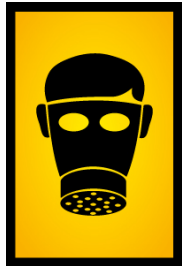
(UB) Angeblich soll der Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz technisch möglich sein. Der BBU lehnt aber alle AKW ab, auch die in der Schweiz geplanten! Hierzu eine BBU-Pressemitteilung:

<http://www.bbu-line.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/15.11.10.htm>

CO2-Endlagerung

Rückblick auf AöW-Veranstaltung zu CCS

Vertreter der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes trafen sich auf Einladung der „Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft“ (AöW) am 26. Oktober in Hannover um eine gemeinsame Position zu CCS und der Endlagerung von CO₂ zu finden.



Grundlage der Diskussion lieferten zwei Vorträge. Prof. Dr. Hohmeyer stellte die Möglichkeiten einer nachhaltigen Energiewirtschaft ohne CCS dar. Ulf Franke von den Gemeindewerken in Gerstungen und der Rechtsanwalt Reitingen berichteten über ihre Erfahrungen als Wasserversorger mit der Untertagedeponierung von Salzsole durch K&S an der Werra. Der dortige Untergrundspeicher sollte auch dicht sein – die Realität sieht aber anders aus.

Da jetzt klar war, dass ein Nein zu CCS nicht gleichbedeutend mit einem Nein zu unserer Industriegesellschaft ist, konnten sich die Anwesenden auf eine gemeinsame Ablehnung dieser Technologie einigen. Weitere Infos unter <http://www.allianz-wasserwirtschaft.de>

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Gasförderung

Unkonventionelle Erdgasförderung

Die sogenannte „unkonventionelle Erdgasförderung“ bereitet immer mehr Menschen Ängste und Sorgen. Es drohen massive Grundwasserbelastungen durch einen unglaublichen Chemikalieneinsatz. Nachdem das Thema von einer neuen Bürgerinitiative im Münsterland an den BBU heran getragen wurde, wird man zu diesem Thema bald wohl häufiger Informationen im BBU-Newsletter finden. Hier gibt es kritische Hintergrundinformationen: <http://www.unkonventionelle-gasfoerderung.de>. Auch die BBU-Mitgliedsgruppe VSR-Gewässerschutz befasst sich mit diesem Thema: <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Rundbrief+3+2010.pdf> (Seite 6).

Initiativen und Einzelpersonen, die sich mit dem Thema beschäftigen, oder beschäftigen möchten, können sich zur Vernetzung in der BBU-Geschäftsstelle melden. (UB)

Gewässerschutz

Neuer Rundbrief vom VSR-Gewässerschutz erschienen

Mit den zwei Hauptthemen Biozide und Biogasanlagen beschäftigen sich die Gewässerschützer in der aktuellen Ausgabe.

Beim Thema Biozide wird u. a. auf die Nutzung von Antifoulingfarben in der Schifffahrt eingegangen. So wurde bei den Antifoulingfarben darauf hingewiesen, dass sich ihr Einsatz erübrigen könnte, wenn die Nährstoffbelastung der Flüsse wesentlich verringert würde. Erst durch die im Fluss vorhandenen Nährstoffe kommt es zu dem starken Bewuchs der Schiffsrümpfe. Beim Thema Biogasanlagen beschäftigt sich der Rundbrief diesmal mit den Gefahren für das Grundwasser durch anfallende Gärreste. Werden zu große Mengen aufgebracht, kommt es zur verstärkten Nitratbelastung des Grundwassers. Dieses Problem wird noch durch die in den Gärresten vorhandenen pathoge-

nen Clostridien verschärft. Es besteht die Gefahr des chronischen Botulismus bei Nutztieren. Menschen, die mit diesen Tieren in Kontakt kommen, können sich anstecken.

Weitere Themen im aktuellen Rundbrief sind u. a. der Zustand der Ruhr und die Grundwassergefährdung durch die Gewinnung unkonventionellen Erdgases. Mehr Infos zu den angerissenen Themen können dem aktuellen Rundbrief 3 / 2010 unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/9.html> entnommen werden.

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Kohlekraftwerke

Standort Brunsbüttel: Einsprüche gegen den Bebauungsplan



Im Stadtbauamt in Brunsbüttel übergab am 12.11.2010 eine Delegation der BI Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe über 8544 Einzel- und Sammeleinwendungen gegen die erste Änderung des Bebauungsplanes der Südweststrom. Hinzu kommen noch elektronische Einwendungen und jene, die auf dem Postweg direkt an das Bauamt gesendet wurden. Mit den Einwendungen soll der Bau mehrerer Kohlekraftwerke in Brunsbüttel verhindert werden. Mit der einmaligen Zahlung von 5 Euro kann man BI-Mitglied werden. Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsinitiative des BBU. Die Bankverbindung der BI Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe/Brunsbüttel (BiGKU) für Spenden: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V., Konto: 19002666, Bankleitzahl (Sparkasse Bonn) 37050198. Quelle: <http://www.bi-unterelbe.de/aktionen.html>. NDR-Filmbericht zur Übergabe der Einwendungen: <http://www.youtube.com/watch?v=wEuy-wE98ZQ>

Kohlekraftwerk Krefeld-Uerdingen: Erörterungstermin dauerte 7 Tage

Ende September hat ein siebentägiger Erörterungstermin zum geplanten Kohlekraftwerk Krefeld-Uerdingen stattgefunden. Die Bürgerinitiative Saubere Luft e. V. schreibt dazu auf ihrer Homepage: „Wir haben uns sehr gut geschlagen an den insgesamt 7 Tagen. Die Bezirksregierung kündigte an, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit eine weitere Offenlegung und einen weiteren Erörterungstermin geben wird. (siehe dazu die Pressemitteilung der Bezirksregierung unter www.bezreg-duesseldorf.nrw.de) Dies werten wir als eindeutigen Erfolg des gemeinsamen professionellen Auftretens mit dem BUND und dem NUV.“; <http://www.bi-saubere-luft.de/index.html>

In der erwähnten Pressemitteilung der Bezirksregierung heißt es:

„Die Vertreter der Oberen Wasserbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf machten in dem Termin deutlich, dass die Anträge auf Einleitung des Kühlwassers sowie der Erörterungstermin für das Hafenprojekt mit Schüttgutumschlag erneut geprüft werden müssen. Bislang war die obere Wasserbehörde davon ausgegangen, dass die Anträge zur Entnahme von Betriebswasser und zur Einleitung des Kühlwassers des projektierten Kraftwerks in den Rhein in wenigen Wochen öffentlich ausgelegt werden könnten. Da sich aber im Laufe des Erörterungstermins gezeigt hat, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit im immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung kommen wird, hält es die Bezirksregierung Düsseldorf derzeit im Sinne einer vollständigen Koordinierung der Verfahren für sachgerecht, die wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren erst zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit dem immissionsschutzrechtlichen Verfahren bekannt zu machen und zu erörtern.

Auch für die bereits im Juni offen gelegten Unterlagen des Hafenprojekts muss erneut geprüft werden, ob die Umweltverträglichkeitsstudie vollständig und bestimmt ist. Deshalb kann über die Anberaumung eines Erörterungstermins zu diesem Verfahren derzeit noch nicht entschieden werden.“

Aktion gegen das Kohlekraftwerk Krefeld-Uerdingen geplant:

Am Samstag den 4. Dezember wird um 5 vor 12 eine Aktion des Klimabündnisses Niederrhein zum Weltklimatag 2010 stattfinden, direkt gegenüber dem geplanten Standort des Kohlekraftwerks Krefeld Uerdingen. Die Bürgerinitiative Saubere Luft wird sich an der Aktion beteiligen. Nähere Information demnächst an dieser Stelle:

<http://www.bi-saubere-luft.de/4.html>.“

Massentierhaltung

LBU verweist auf das Tierschutzgesetz

Völlig neue Rahmenbedingungen bei allen Antragsverfahren für agrarindustrielle Großställe ergeben sich nach Einschätzung des LBU (Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen). Investoren haben durch ein Brandschutz-Gutachten nachzuweisen, dass die Tiere im Brandfalle rechtzeitig aus den Ställen gerettet werden können. Im Landkreis Emsland war dies Bestandteil eines Genehmigungsverfahrens zum Brandschutz. Dort wurden zahlreicher Großställe in der Genehmigung vorerst auf Eis gelegt. Bei einem BlmSchV im Wendland für einen 6000er Schweinmaststall, wird dies auch Teil des Verfahrens sein. Die Bürgerinitiativen hatten zuvor auf

viele Tausende verbrannter Tiere in Großanlagen hingewiesen. Eine Evakuierung der Tiere in solch riesigen Mastanlagen ist nicht möglich. § 20 der Niedersächsischen Bauordnung schreibe aber vor, dass die baulichen Anlagen so beschaffen sein müssten, dass bei einem Brand die Rettung von Menschen und auch Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich seien. Derlei Brandschutz-Vorkehrungen fehlten bisher in den Antragsunterlagen, die Tiere würden dabei überhaupt nicht berücksichtigt und somit sogar als entzündbare Brandlast gewertet. Der LBU geht davon aus, dass die Bürgerinitiativen mit diesen Vorgaben ein Instrumentarium an Händen haben, um die Genehmigung von agrarindustriellen Großanlagen mit Zigtausenden von Hühnern oder mehreren Tausenden Schweinen zu Fall bringen zu können. Weitere Infos dazu können beim LBU Niedersachsen Tel.: 0511-965 6978 oder per eMail info@lbu-niedersachsen.de eingeholt werden. *Aus einer E-Mail des LBU Niedersachsen.*

Aktionsbündnis erfolgreich gegründet: Bauernhöfe statt Agrarfabriken Nord-West

Auf Einladung des NABU-Regionalverbandes Emsland / Grafschaft Bentheim, der BUND-Kreisgruppe Emsland und der Bürgerinitiative Nordhümmling waren 85 Teilnehmer zur Gründungsveranstaltung des Aktionsbündnisses „Bauernhöfe statt Agrarfabriken Nord-West“ erschienen.

Zu den Gründungsmitgliedern (1. November 2010) gehören neben den Organisatoren auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Attac, die Anwohnerinitiative Nordhümmling, die BI Hestrup gegen Mastställe, die BI gegen Hähnchenmast im Rheiderland, die Interessengemeinschaft Gesundes Leben e.V., NABU-Gruppen und die Biologische Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems (BSH).

Hermann-Josef Schomakers beschrieb einleitend die Anfänge des Widerstandes. Katja Hübner, Mitarbeiterin des NABU-Regionalverbandes, wies nachfolgend darauf hin, dass zwar durch die Zusammenarbeit von BIs und Naturschutzverbänden und durch Unterstützung von Rechtsanwalt Peter Kremer und Gutachter Knut Haverkamp schon erreicht worden sei, dass der Landkreis Emsland nun von den Antragstellern von Massentierhaltungsanlagen Brandschutz- und Keimgutachten fordere. Dies sei jedoch noch kein Grund, sich entspannt zurückzulehnen. Vielmehr müsse nun kritisch verfolgt werden, wie diese Gutachten inhaltlich aussähen.

Eckehard Niemann von der AbL erläuterte, dass das Aktionsbündnis auch durchaus im Interesse der mittelständischen Landwirte liege. So sei es beispielsweise keinesfalls erstrebenswert, sich durch den Betrieb von großen Hähnchenmastanlagen in die Abhängigkeit von großen Konzernen zu geben.

Maria Feige-Osmers (BUND Kreisgruppe Meppen) warb darüber hinaus um die Beachtung der Belange des Tier-schutzes und wies auf die ernährungsphysiologischen Vorteile von geringerem Fleischkonsum und von Produkten aus artgerechter Tierhaltung hin.

Einzelpersonen oder Organisationen, die Mitglied des Aktionsbündnisses werden möchten, können sich formlos unter Angabe der Kontaktdaten (Adresse, E-Mail) melden beim NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim NABU.EL-NOH@t-online.de. Die Mitgliedschaft ist kostenlos. *Gekürzter Bericht vom 2.11.2010; Gesamt-text unter <http://niedersachsen.nabu.de/nabu/regional/emslandgraftsbentheim/12959.html>.*

Normung

„Grüne Bekleidung“ und Normen

(UB) Die „TextilWirtschaft online“ titelte am 15. November mit „Öko-Mode ist für Europäer nicht sexy“. In dem Beitrag geht es um die Akzeptanz ökologisch produzierter Kleidung. Demnach kommt „Öko-Mode“ in Nordamerika besser an als in Europa. Ob die befragten „über 100 Europäer und Nordamerikaner“ repräsentativ waren, sei dahingestellt ...

http://www.textilwirtschaft.de/news/topnews/pages/Oeko-Mode-ist-fuer-Europaeer-nicht-sexy_67043.html

Startbahn West

Erinnerungen

Ein lesenswerter Artikel mit Rückblick auf den Widerstand gegen die Startbahn West, mit Vergleich zum Widerstand gegen Stuttgart 21:

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc-E63D60A152D0D48C183B9919A84D41C02~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Stuttgart 21



Schlichtungsverhandlungen

Demo am Samstag

(UB) Inzwischen haben 4 Schlichtungsverhandlungen zum Thema Stuttgart 21 stattgefunden. Informationen dazu findet man im Internet unter <http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=649>, Infos zur Demonstration gegen S 21 am Samstag (20.11.) unter <http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=44>.

Weitere Informationen rund um die aktuellen Ereignisse in Stuttgart findet man u. a. unter <http://www.parkschuetzer.de>.

Foto: <http://www.kopfbahnhof-21.de>

Toner-Schäden

Lungenleiden weltweit die häufigste Todesursache! Schwere Gesundheitsschäden und Krebsgefahr durch Tonerfeinstäube und Laserdrucker!

Die internationalen Lungengesellschaften weisen anlässlich des Jahres der Lunge auf den globalen Anstieg der Atemwegserkrankungen hin. Lungenleiden sind weltweit die häufigste Todesursache!

Eine der relevantesten Quellen für Feinstaubbelastungen sind die oft unvorstellbaren Emissionen aus Kopiergeräten und Laserdruckern. Bis zu einer Milliarde Partikel pro Seite wurden gemessen. Dies ist der Nano-GAU! Die Toner der Geräte erweisen sich als brisanter Mix aus Feinstäuben, Nanopartikeln und einer immer größer werdenden Palette von Schadstoffen und Ultragriften, wie DBT/ TBT, Schwermetallen, PAKs, VOC und dem Weichmacher DEHP.

Eine jetzt international veröffentlichte Studie zeigt, dass Toner von Markenherstellern genotoxisch auf menschliche Lungenzellen wirken. Eine weitere Veröffentlichung zur genotoxischen Wirkung der Emissionen von Laserdruckern, die von nano-Control in Auftrag gegeben worden war, steht bevor. Schon nach Minuten kommt es zur Zerstörung der DNA. Dies ist eine Ursache für Krebs!

Der Stiftung nano-Control liegen fast 2.500 schriftliche Anzeigen von Betroffenen über Erkrankungen durch Toner und Emissionen aus Laserdruckern vor, darunter von Wissenschaftlern, Ärzten, Journalisten, Richtern, Staatsanwälten und 180 Polizisten. Von einer sehr hohen Dunkelziffer ist sicher auszugehen. Oft sind halbe Belegschaften erkrankt!

nano-Control fordert die Bundesregierung auf, endlich zum Schutz der Bevölkerung tätig zu werden und die notwendige Forschung zu unterstützen. Die Stiftung fordert von der Industrie, Produkte mit genotoxischen Wirkungen sofort vom Markt zu nehmen!

Gekürzte Pressemitteilung der Stiftung nano-Control vom 3.11.2010. Gesamttext unter

http://www.nano-control.de/pdf_htm/nC-PM-2010-11-3-w.htm. nano-Control ist eine BBU-Mitgliedsorganisation

Verkehrspolitik

Bahnlärm

(UB) Rund 400 Personen haben am 13. und 14. November an einem internationalen Bahnlärmkongress teilgenommen. Sie wollen sich jetzt verstärkt vernetzen „und bundesweit unter dem Schirm der „Bundesvereinigung Schienenlärm“ auftreten“. *Das berichtete DER WESTEN am 14.11.2010:*

<http://www.derwesten.de/nrz/niederrhein/betuwe/Initiativen-gegen-Betuwe-wollen-sich-ernetzen-id3944816.html#derwestenRSS>.

Informationen der „Bundesvereinigung Schienenlärm“ gibt es unter <http://www.schienenlaerm.de>.

Wasserpolitik

Berlin: Wasser-Volksbegehren

„Das Volksbegehren "Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück" hat heute Mittag 265.400 Unterschriften an die Landeswahlleiterin Berlins übergeben. Dabei sind noch nicht die Unterschriften berücksichtigt, die heute noch per Post bei den Initiatoren eingingen und die in den vergangenen dreieinhalb Monaten auf den Bürgerämtern geleistet wurden. Der Arbeitsauftrag an den Senat und an alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus ist eindeutig: Die Berlinerinnen und Berliner fordern die kostengünstige, verbraucherfreundliche und bürger-nahe Rekommunalisierung. Die Landeswahlleiterin wird voraussichtlich am 4. November das amtliche Endergebnis bekanntgeben. Der Senat wird nach Bekanntgabe im Amtsblatt innerhalb von 15 Tagen den Termin für den Volksentscheid, der innerhalb von vier Monaten erfolgen muss, veröffentlichen. Für einen Volksentscheid sind dann circa 610 000 gültige Stimmen erforderlich.“ *Pressemitteilung der Grünen Liga vom 27.10.2010, www.grueneliga.de. (Grüne Liga und BBU sind Mitglieder auf Gegenseitigkeit).*

„Laut Information der Landesabstimmungsleiterin Dr. Petra Michaelis-Merzbach vom 09.11.2010 liegen insgesamt 280 887 gültige Zustimmungserklärungen vor - das sind 11,4 Prozent - und damit mehr als die erforderliche Anzahl. Eingereicht wurden insgesamt 320 700 Unterschriften. „Die Landesabstimmungsleiterin stellt fest, dass die für das Volksbegehren geltenden Vorschriften beachtet worden sind und dass das Volksbegehren über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben zustande gekommen ist“, heißt es in der Mitteilung.“ *Quelle und weitere Informationen unter <http://berliner-wassertisch.net/index.php>*

Die Verträge findet man unter <http://www.wasserpartner-berlin.de/hintergrund/vertraege/index.html>

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 11 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.12.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.